

Europäisches Semester

Zukunftsvisionen

Sozialpartner debattieren über „richtige“ Budget- und Wirtschaftspolitik

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Gestern saßen sich die Regierung, die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertreter seit langem mal wieder gegenüber, allerdings nicht als Tripartite, sondern im Rahmen des Europäischen Semesters. Während zwei Stunden nahmen die Vertreter Stellung zum Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission und deren Empfehlungen an Luxemburg. Es war das zweite Mal, dass die Sozialpartner in die Diskussion um das Europäische Semester eingebunden wurden. Die Sitzung fand wie im Vorjahr unter der Leitung des Wirtschafts- und Sozialrats statt.

Der Sozialdialog zählt zu den Lieblingsbegriffen von Premierminister Xavier Bettel. Als der Staatsminister gestern im Sitzungssaal der Europäischen Investitionsbank (EIB) das Wort ergriff, dauerte es gerade einmal 20 Sekunden, bis er das Wort ein erstes Mal aussprach. Das gestrige Treffen als Sozialdialog zu bezeichnen, ist dann doch etwas übertrieben. Vielmehr legten die Regierung, die Arbeitnehmer- und die Arbeitgebervertreter nacheinander ihre Überlegungen zum Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission dar, der jedes Jahr im Januar vorgestellt wird und das Europäische Semester einleitet.

Luxemburg befindet sich laut dem Bericht in einer komfortablen Situation: Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die öffentlichen Finanzen sind gesund. Dass Luxemburg heute so gut da steht, führt der Premier u. a. auf das konsequente Umdenken in der Haushaltspolitik zurück. „Die Richtung, die wir eingeschlagen haben, ist richtig.“ Nichtsdestotrotz gebe es noch viel zu tun, z. B. bei der Bekämpfung der Armut und der Wohnungsnot, Elemente, die man auch bei der Steuerreform berücksichtigen werde.

Xavier Bettel nahm mit fünf weiteren Regierungsmitgliedern an der Sitzung teil, darunter Finanzminister Pierre Gramegna, der die Analyse der Regierung zum Bericht der EU-Kommission vorstellte und mit Genugtuung hervorhob, dass die EU-Kommission am Haushalt 2016 nichts zu meckern hatte.

„Armut und soziale Ungleichheiten nehmen zu“

Die Gewerkschaften interpretieren den Bericht auf ganz andere Weise. OGBL-Präsident André Roeltgen hob seinerseits die gesunden öffentlichen Finanzen und die exzellente wirtschaftliche Entwicklung im Großherzogtum hervor. Dennoch nähmen Armut und soziale Ungleichheiten weiter zu. Selbst Arbeit schütze nicht vor Armut.

Im Mittelpunkt der Stellungnahmen der Gewerkschaftsvertreter (OGBL, LCGB, CGFP) standen gestern deren Forderungen im Rahmen der geplanten Steuerreform, die am 26. April im Rahmen des Etat de la nation vorgestellt werden soll. Die drei Gewerkschaftsführer forderten eine Stärkung der Kaufkraft durch eine steuerliche Entlastung der Haushalte, vor allem der Klein- und Mittelverdiener und der Alleinerzieher. Roeltgen forderte darüber

hinaus Anpassungen beim Kindergeld, beim Mindestlohn und den Arbeitslosenentschädigungen, besonders für Langzeitarbeitslose.

Aufgrund der gesunden finanziellen und wirtschaftlichen Situation habe die Regierung es nun in der Hand, mit einer ernst zu nehmenden Steuerreform diese Ziele anzupeilen und die Kaufkraft zu stärken, so CGFP-Generalsekretär Romain Wolff.

Ganz andere Töne dann von Patronatsseite. Für UEL-Präsident Michel Wurth steht außer Frage, dass der von Gewerkschaftsseite geforderte soziale Fortschritt nur dank des wirtschaftlichen Fortschritts möglich ist. „Wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft“, sagte Wurth, der die zuvor aufgezählten Forderungen der Gewerkschaften als „spektakulär“ und fehl am Platz bezeichnete.

Wurth zeichnete ein anderes Bild als die Gewerkschaftsvertreter. Die Löhne seien stärker gestiegen als die Produktivität, die administrative Vereinfachung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit lasse weiter auf sich warten, die öffentlichen Ausgaben seien nach wie vor sehr hoch und der Handlungsspielraum für eine Steuerreform begrenzt, so die Sicht der UEL auf die finanzielle und wirtschaftliche Situation des Landes. Schwachstelle des Luxemburger Modells sei das Rentensystem.

Wurth forderte ein neues, langfristig nachhaltiges Wirtschaftsmodell und bat in diesem Zusammenhang die Regierung, die Rifkin-Studie, aus der eine neue Wirtschaftsstrategie (Stichwort industrielle Revolution) hervorgehen soll, breiter anzugehen, d. h. die Arbeitnehmerkammer (CSL) oder auch die Chambre des employés publics zu beteiligen, „damit wir die Herausforderungen besser verstehen und Reformen im Dialog beschließen können“, so Michel Wurth. Der UEL-Vorsitzende appellierte vor allem an die Arbeitnehmervertreter, die Gegensätze „über die wir nicht gerne reden“, zu überwinden und gemeinsam an der industriellen Revolution zu arbeiten.

Debatte über nationales Reform- und Stabilitätsprogramm

Die Sozialpartner hoffen, dass ihre Vorschläge in das nationale Reform- und Stabilitätsprogramm einfließen werden, das Ende April nach Brüssel geschickt wird. Im Rahmen einer „semaine luxembourgeoise“ findet in diesem Jahr erstmals auch eine Debatte in der Chamber über das Reform- und Stabilitätsprogramm zum Zeitpunkt der Erklärung zur Lage der Nation statt.